

Protokoll

über die Sitzung des **Ausschusses für Integration und Teilhabe** am Donnerstag, 14.03.2019, 18:00 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Günter Hahn

Mitglieder

Frau Ute Bertram-Kühn
Herr Stephan Iseke
Herr Klaus Kosellek
Herr Ferdinand Lühring
Frau Christine Nothbaum
Herr Stefan Porscha
Herr Andreas Schaumann
Herr Thomas Stolte
Frau Monika Strecker

Verwaltungsvorstand

Frau Annette Plein

Fachbereichsleiterin 2

Beratende Mitglieder

Frau Sabine Alsleben
Herr Adel Amor
Herr Dr. med. Giuseppe Broccoli
Herr Hans-Dieter Jaehnke
Frau Irene Siedow
Herr Rolf Steuernthal

Verwaltungsangehörige/r

Frau Sophie-Maria Gerke
Frau Ute Kemmer

Fachdienst Soziale Arbeit, Protokoll
Fachdienstleiterin Soziale Arbeit

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:43 Uhr

T a g e s o r d n u n g:

Vorlagen Nr.

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 15.11.2018
3. Berichte und Bekanntgaben
- 3.1. Sitzungstermine 2019 **2018/312**
4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
5. Vorstellung des Fachdienstes 52 "Soziale Arbeit"
6. Vorstellung der Projekte zur Arbeitsmarktintegration der vhs Hannover Land
7. Vorstellung des Projekts "Initiative Arbeitsmarktintegration von Neustädter Flüchtlingen und Migranten"
8. Satzung über die Rechtsstellung und Aufgaben der/des Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Stadt Neustadt am Rübenberge **2019/049**
9. Anfragen

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Herr Hahn eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Integration und Teilhabe um 18 Uhr, begrüßt alle Mitglieder, insbesondere Herrn Kracht von der vhs Hannover Land und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 15.11.2018

Der Ausschuss für Integration und Teilhabe fasst mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 15.11.2018 wird genehmigt.

3. Berichte und Bekanntgaben

Es gibt keine Berichte und Bekanntgaben.

3.1. Sitzungstermine 2019

2018/312

Die Vorlage wird unter Bekanntgabe der Sitzungstermine des Ausschusses für Integration und Teilhabe am 27.06.2019, 12.09.2019 und 21.11.2019 durch Herrn Hahn zur Kenntnis genommen.

4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Es gibt keine Anfragen.

5. Vorstellung des Fachdienstes 52 "Soziale Arbeit"

Die Fachdienstleiterin des neuen Fachdienstes Soziale Arbeit, Frau Kemmer, hält einen Vortrag, in dem sie den neuen Fachdienst vorstellt (siehe **Anlage 1**).

Frau Plein ergänzt, dass sie die Gründung des neuen Fachdienstes für gelungen halte und festgestellt habe, dass ein engagierter Austausch zwischen den städtischen SozialarbeiterInnen stattfindet.

Herr Hahn bedankt sich bei Frau Kemmer für den Vortrag.

6. Vorstellung der Projekte zur Arbeitsmarktintegration der vhs Hannover Land

Herr Kracht und Frau Czinczoll von der vhs Hannover Land stellen in einem Vortrag die verschiedenen Angebote der vhs Hannover Land zur Arbeitsmarktintegration vor (siehe **Anlage 2**).

Frau Siedow fragt, ob ein Sprachzertifikat nach Abschluss des Landessprachkurses erreicht werden kann.

Frau Czinczoll antwortet, dass ein Landessprachkurs eine Überbrückung darstellt, bis die Geflüchteten eine Berechtigung zur Teilnahme am Integrationskurs haben, weshalb kein Sprachzertifikat erreicht werden kann.

Auf die Frage von Frau Nothbaum nach der Kursgröße antwortet Frau Czinczoll, dass ein Alphabetisierungskurs maximal 16 und ein allgemeiner Sprachkurs höchstens 25 Teilnehmer umfasst. Die vhs versuche nicht allzu große Kurse zu bilden. Aus Gründen der Wirt-

schaftlichkeit, sollte ein allgemeiner Integrationskurs mindestens 16 Teilnehmer haben.

Her Jaehnke merkt an, dass er das Dienstleistungszentrum als sehr wichtig erachtet. Er fragt nach, aus welchen Gründen die Existenz dessen gefährdet sei.

Herr Kracht erklärt, dass der Bereich der beruflichen Bildung durch Zuschüsse, die auf einer Vereinbarung mit der Region Hannover basieren, finanziert wird. Die Region habe nun erklärt, dass sie zum 28.02.2022 aus der Finanzierung aussteigen möchte. Die Kommunen stünden derzeit in Verhandlung mit der Region Hannover. Das Wirtschaftsprüfungsunternehmen Pricewaterhouse Coopers erstellt bis Ende des Monats ein Gutachten. Nach der Fertigstellung müsse abgewogen werden, ob die Kommunen die Maßnahmen weiter finanzieren. Dabei stünde der gesamte Bereich der beruflichen Bildung zur Disposition. Die vhs müsse sich, ebenso wie die Kommunen überlegen, welche Maßnahmen weitergeführt und welche eingestellt werden sollen.

Die Frage von Herrn Lühring, ob Kosten auf die Kommunen zukämen bejaht Herr Kracht, merkt aber auch an, dass es weitere Einnahmequellen der vhs gäbe.

Herr Iseke fragt nach den Gründen der Region Hannover, die Finanzierung nicht mehr weiterzuführen.

Herr Kracht erklärt, dass die Region den Standpunkt vertrete, dass der Bereich der beruflichen Bildung Aufgabe der Jobcenter sei.

Herr Porscha berichtet, dass die Region die vhs jährlich mit rund 550.000 EUR bezuschusst und der Zuschussbedarf weiter steigen wird, weshalb die Region die Finanzierung nun nicht mehr weiterführen möchte.

Her Kracht antwortet darauf, dass eine Kalkulation der Zuschusshöhe schwierig sei, da der Zuschussbedarf abhängig von den Aufträgen der Arbeitsagenturen und Jobcenter sei. Es müsse neben der wirtschaftlichen Dimension auch die sozialpolitische Dimension berücksichtigt werden.

Frau Strecker fragt nach der Anzahl der Auszubildenden.

Herr Kracht gibt an, dass es derzeit 22 Auszubildende sowie 40 Umschüler gäbe.

7. Vorstellung des Projekts "Initiative Arbeitsmarktintegration von Neustädter Flüchtlingen und Migranten"

Herr Broccoli berichtet über den ersten vom Integrationsbeirat durchgeführten Runden Tisch zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten und MigrantInnen in Neustadt a. Rbge. Daraus habe sich ergeben, dass Sprache und bürokratische Abläufe Problemfelder darstellen. In Neustadt fehle es darüber hinaus an einer Koordination der entsprechenden Schnittstellen.

Zu diesem Zwecke gibt es im Landkreis Peine einen so genannten Willkommenslotsen, der hauptamtlich die Geflüchteten bei der Arbeitsmarktintegration betreut.

Frau Nothbaum fragt, inwiefern eine finanzielle Förderung des Willkommenslotsen erfolgt?

Herr Broccoli antwortet, dass eine Förderung für ein Jahr bei Frau Monika Leitsch vom Zentralverband des deutschen Handwerks beantragt werden kann.

Frau Nothbaum fragt weitergehend, ob es eine Förderung vom Bund gäbe. Frau Plein schlägt vor, das zu recherchieren. Sollte eine Vollförderung möglich sein, hielte sie es für sinnvoll eine solche Stelle bei der Wirtschaftsförderung anzugliedern.

Frau Strecker findet einen Willkommenslotsen auch für die Betriebe wichtig.

8. Satzung über die Rechtsstellung und Aufgaben der/des Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Stadt Neustadt am Rübenberge

2019/049

Der Ausschuss für Integration und Teilhabe erklärt die Beschlussvorlage ohne Aussprache einstimmig als behandelt.

9. Anfragen

- a) Der Integrationsbeirat stellt die Anfrage an die Stadtverwaltung, ob die Finanzierung einer Stelle eines hauptamtlichen Willkommenslotsens für die Stadt Neustadt a. Rbge. zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten und MigrantInnen

möglich sei. Informationen bezüglich einer finanziellen Förderung für ein Jahr kann Frau Monika Leitsch vom Zentralverband des deutschen Handwerks erteilen.

- b) Frau Siedow stellt die Anfrage, ob der Arbeitskreis Selbsthilfe zur Ausrichtung des jährlichen Selbsthilfetages in Neustadt a. Rbge. eine finanzielle Unterstützung iHv 300,00 Euro zur Anmietung eines Raums, für die Buchung einer Referentin/eines Referenten und für die Erstellung von Flyern erhalten könne.
- c) Herr Steurnthal fragt an, ob es konkrete Information über die Gesamtanzahl aller Geflüchteten in Neustadt a. Rbge. gäbe. Er würde gern ein Sportangebot für Geflüchtete gestalten und würde gern Kontaktdaten zu Geflüchteten bekommen.
Frau Plein antwortet, dass es keine Gesamtzahl aller in Neustadt lebenden Geflüchteten gäbe. Es lägen Informationen über die Anzahl der Geflüchteten in jedem Jahr vor. Die Kommunen bekämen zwar jährlich eine Quote, wie viele Geflüchtete letztlich aufgenommen würden, sei vorab jedoch nicht bestimmbar.
Herr Hahn berichtet dazu, dass Sportangebote, die er gemacht habe anfänglich gut angenommen worden seien, das Interesse im Laufe der Zeit aber abgenommen hätte.
Frau Siedow berichtet, dass die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund, die Mitglied im TSV Neustadt sind sehr gering sei, obwohl das Angebot des Kindergartensports gern angenommen würde.
Herr Hahn merkt an, dass er ein Sportangebot als wichtig für die Integration erachtet.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Hahn den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:39 Uhr.

Ausschussvorsitzender
Neustadt a. Rbge., 10.04.2019

Bürgermeister

Protokollführerin